

Der blinde Fleck von Greenpeace

Stephan Geue

Ende August fand ich in den Greenpeace-Nachrichten, den quartalsweise erscheinenden Informationen für Förderer der Umweltorganisation, wieder einmal einen Artikel über deren Umweltstiftung. Da als gemeinnützig anerkannte Vereine selbst keine nennenswerten Rücklagen bilden dürfen, hat Greenpeace diese Stiftung gegründet. Stiftungen dürfen Rücklagen bilden, ja, sie müssen es sogar; Rücklagen sind, so wie Stiftungen heutzutage „konstruiert“ sind, sozusagen deren Existenzgrundlage. Und den Zweck der Stiftung legt derjenige fest, der sie gründet und das Gründungskapital einbringt. Eigentlich könnte das Finanzamt also auch gleich den Vereinen die Bildung von Rücklagen erlauben.

.....

Anstatt darüber nachzudenken, wie man den Reichen etwas von ihrem Reichtum zugunsten der Allgemeinheit nehmen kann, sollte man erst einmal die Mechanismen ausschalten, die automatisch den Reichtum der Reichen zulasten der Allgemeinheit ohne (eigene) Leistung endlos vermehren. Es bringt wenig, den Bestand des Reichtums zu attackieren, wenn man seinen Zufluss unangetastet lässt. Nicht „Reichensteuern“ sind notwendig, sondern eine Reform des Geld- und Finanzsystems.

Dass es die Umweltstiftung gibt, war mir nicht neu, aber interessant

war das unmittelbare Nebeneinander zweier Artikel, nämlich desjenigen zur Umweltstiftung neben einem anderen unter der Überschrift „Kein Geld von Firmen, dem Staat oder Parteien“. Irgendjemand hatte offenbar gemeint, das passe gut zusammen. Aber ich erlaube mir die Frage, ob derjenige die Dinge wirklich verstanden hat.

Zunächst mal ist es wichtig für eine Organisation, die sich zum größten Teil über Spenden finanziert, dass sie ein sauberes Image hat. Finanzierungen durch Firmen „riechen“ nach Einflussnahme im Sinne der Interessen dieser Firmen. Wenn die Grünen sich einen Parteitag von einem Zigarettenhersteller sponsern lassen, hinterlässt das zumindest einen Beigeschmack, denn abgesehen von der Frage, was an der Zigarettenherstellung grün oder gar gesund sein soll, fragt sich jeder: Was haben die davon, dass sie die Grünen unterstützen? So gesehen ist dieser Leitsatz von Greenpeace ohne weiteres nachvollziehbar.

Allerdings erhalten gemeinnützige Organisationen indirekt jede Menge Geld vom Staat, auch wenn diese Summe nicht exakt ermittelt werden kann, denn man weiß nicht, um wie viel geringer die Spenden ausfallen würden, wenn die Spender sie nicht steuermindernd geltend machen könnten. Und dass sie das können, ist eine steuerpolitische Entscheidung des Staates.

Also lassen sich hinter diese Aussage schon mal für sich genommen ein paar Fragezeichen setzen. Aber es kommt viel dicker.

Seit Jahrzehnten kämpft Greenpeace gegen zahllose Folgen wirtschaftlichen Wachstums (zunehmender Verbrauch von Rohstoffen, zunehmender CO₂-Ausstoß und wachsendes Aufkommen anderer Problemstoffe und Dinge, die wir ohne oder nach Gebrauch „entsorgen“) und ungebremsen Profitstrebens. Im Einzelnen sind die Erfolge durchaus bemerkenswert, aber in Summe und aus der Distanz wirken die Anstrengungen wie ein Rückzugsgefecht oder der Kampf gegen eine Hydra, weil die Probleme eher größer als kleiner werden.

Mein unveränderter Eindruck ist der, dass Greenpeace – wie übrigens alle mir einigermaßen bekannten Umweltorganisationen – sich weigert, zumindest in der Öffentlichkeit, sich mit den Gründen für wirtschaftliches Wachstum und Profitstreben auseinander zu setzen. Angesichts all der Krisen könnte man ja, wenn man Wachstum als umweltschädigend ansieht, sagen: Na, dann sitzen wir doch einfach mal so eine Krise aus, denn da geht’s ja mit der Wirtschaft bekanntermaßen bergab. Aber das sagen nicht nur Politiker nicht, die wiedergewählt werden wollen. Das hat, soweit mir bekannt ist, auch noch keine Organisation empfohlen, die sich dem Schutz und Erhalt der Umwelt verschrieben hat.

Vor Jahren hatte ich das Thema mal bei Greenpeace vorgebracht, und da wurde argumentiert: „Wir machen Umweltschutz, nicht Politik.“ Natürlich ist das Quatsch. Selbstverständlich macht Greenpeace Politik. Selbstverständlich kümmern sich die Umweltschützer auch um Menschenrechte. Die hängen ja durchaus hier und da mit dem Umweltschutz zusammen – bzw. deren Nichteinhaltung mit Korruption und Umweltzerstörung. War die Kampagne gegen Shell wegen der Ölbohrplattform Brent Spar etwa keine politische Kampagne?

Ich kenne kaum einen Spender persönlich. Aber die Vermutung liegt nahe, dass es unter ihnen ein paar ziemlich solvente Gönner gibt – keine Firmen, keine Partei, auch nicht der Staat, sondern Privatpersonen, die ihre Spendenfreudigkeit nicht an die große Glocke hängen; das würde auch ihren Wohlstand publik machen. Trotz ihrer Zuwendungen werden sie nicht arm. Das sind Leute, die zumindest einen Teil ihres Geldes nicht im Schweiß ihres Angesichts erwerben, sondern die ein Vermögen haben, das nach haargenau demselben Prinzip Kapitalerträge einbringt wie das Stiftungskapital der Umweltstiftung. Diese Mäzene reichen einen Teil ihrer Kapitalerträge weiter.

Und wenn Greenpeace jetzt losziehen und das kapitalistische Prinzip attackieren würde, weil es die Ursache ist für sehr viele Missstände, die Greenpeace bekämpft, dann würde nicht nur die Umweltstiftung nicht mehr funktionieren (die wahrscheinlich schon jetzt wegen der niedrigen Zinssätze nur vor sich hindümpelt, denn einigen Stiftungen geht es tatsächlich so), sondern dann würden auch einige Spender ausfallen – ob aus Groll über das „Wildern“ von Greenpeace in „fremden Revieren“ oder aus der Unmög-

lichkeit heraus, sich und Greenpeace weiterhin über anderer Leute Arbeitsertrag zu finanzieren.

Denn das ist es doch, was Geldverleih in aller Regel ausmacht: Ich verleihe Geld und erwarte mehr zurück, und zwar nicht nur einen Teuerungsausgleich. Dieses Mehr muss jemand erarbeiten. Ich tue dafür nichts, bin nach der Tilgung des von mir ausgereichten Kredits wieder im Besitz meines Vermögens. Das sind leistungslose Einkommen. Das ist das, was die so genannten „Leistungsträger“ an Hartz IV kritisieren: dass deren Empfänger nichts für dieses Geld tun. Dabei werden allein in Deutschland jeden Tag auf diese Weise ca. eine Milliarde Euro aus den Arbeitserträgen abgezweigt und in die Oberschicht Deutschlands umverteilt, leistungslos eingenommen, irgendjemandem weggenommen. Diese Summe übertrifft alles, was der Staat über Zuwendungen an sozial Schwächere in umgekehrter Richtung veranlasst.

Nun mag man einwenden, dass ja jeder wissen müsse, ob er einen Kredit aufnehmen will, und die Konditionen schließlich vorher kenne. Als Steuerzahler in einem Staat, der mich nicht fragt, ob er wieder ein paar Milliarden neue Schulden für eine Abwrackprämie machen darf oder auch schon mal ein paar Hundert Milliarden für Bürgschaften zugunsten von Banken, die „Too big to fail“ sind – „systemrelevant“, wie man so schön sagt –, nützt mir die Kenntnis dieser Zusammenhänge nichts, denn wenn der Staat Kapitaldienst leistet, dann sind auch steuerpflichtige Menschen ohne Schulden unter den Zahlern. Wäre das nicht so, könnten die Bemessungssätze für viele Steuern deutlich niedriger sein, wären die Einkaufspreise im Laden deutlich niedriger, wäre das ganze Leben billiger.

Solange Greenpeace keine Stiftung gegründet hatte, konnte man der Organisation nur ein Schweigen gegenüber Missständen vorwerfen, die für das verantwortlich sind, was sie bekämpft. Seit Gründung der Stiftung hat sie jedoch selbst einen Antreiber für wirtschaftliches Wachstum installiert, „ethisch korrekt“ wahrscheinlich und nur in Firmen, die in „grünen“ Ratings akzeptabel abschneiden, nehme ich an, also höchstwahrscheinlich besser als das, worin die Masse der Anleger ihr Geld steckt.

Aber damit konterkarieren die Hamburger dennoch ihre eigenen vorgegebenen Ziele. Aus bösem Vorsatz oder als Teil einer weltweiten Verschwörung? Gewiss nicht. Aus Unwissenheit? Diese Ausrede greift nicht mehr, seit sie bereits vor Jahren mit den Grundzügen ihres Dilemmas konfrontiert wurden. Dann vielleicht gerade, weil es ein Dilemma ist? Möglicherweise. Schließlich nennen sich die Regenbogenkämpfer nicht FairMoney, sondern eben Greenpeace. Sie haben andere Schwerpunkte. Aber Greenpeace ist ein global agierender Verbund von Organisationen, ein Konglomerat, das global denkt und lokal handelt – alles andere wäre unglaubwürdig. Und global denken heißt, regelmäßig über den Tellerrand zu schauen und die großen Zusammenhänge im Blick zu behalten. 

Zum Autor
Stephan Geue



Jahrgang 1964, promovierter IT-Ingenieur und im Schienenfahrzeugbau tätig, Kontakt zur Freiwirtschaft seit Mitte der 90er Jahre mit gelegentlichen Vorträgen.

E-Mailadresse: stephan.geue@web.de